

Chemnitzer Anzeiger

und Stadtbote.

Unparteiisches Tageblatt



für Chemnitz und die Vororte: Alchemnitz, Altendorf, Bernsdorf, Vorna, Furth, Gablenz, Glösa, Helbersdorf, Hilbersdorf, Kappel, Neustadt, Schönau.

Abonnement: vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf. (Zutragen 40 Pf.), sowie monatlich 42 Pf. (Zutragen 15 Pf.). **Infektionspreis:** die schmale (1spaltige) Korpuszeile oder deren Raum 15 Pf. — (Total-Anzeigen nehmen entgegen die Verlagsexpedition und die Ausgabestellen des Chemnitzer Anzeigers in Chemnitz und 10 Pf.) — Unter Eingelands pro Zeile 30 Pf. — Auf große Annoncen und Wiederholungen Rabatt. — obigen Vororten, sowie sämtliche Postanstalten. (Postzeitungs-Preisverzeichnis für 1884 Nr. 1059). Annoncen-Kaufnahme für die nächste Nummer bis Mittag. — Ausgabe jeden Wochentag Nachmittags.

Verlags-Expedition: Alexander Wiede, Buchdruckerei, Chemnitz, Theaterstraße 48 (ehemaliges Bezirksgericht, gegenüber dem Kasino).

Tageschronik.

20. Februar.

- 1546. Vulkans Beise nach Wittenberg gebracht.
- 1790. Josef II. gest.
- 1798. Bismarck als Gefangener nach Paris gebracht.
- 1810. Andreas Hofer gest.
- 1861. Schreier gest.
- 1874. Hof, Professor der Anatomie, in Leipzig, gest.

Telegramme des Chemnitzer Anzeigers.

Vom 18. Februar.

Berlin. Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Eine Verfügung des Ministers des Innern an den Regierungspräsidenten über den Kolportagebuchhandel sagt, zweifelsohne seien die Behörden berechtigt, ihre Entscheidung von der vorherigen Einreichung von Exemplaren der im Verzeichnisse aufgeführten Druckschriften und etwaigen Prospekte abhängig zu machen, es würde andererseits aber der Absicht des Gesetzes zuwiderlaufen, von dieser Befugnis der Behörden in allen Fällen unterschiedslos Gebrauch zu machen. Das Gesetz wolle nur die Auswüchse des Kolportagebuchhandels treffen, nicht aber der legitimen Kolportage unwillkürlich Hindernisse in den Weg legen.

Berlin. Der Kriegsminister von Bronsart ist gestern nach Friedrichsruh abgereist, wo der russische Militärbevollmächtigte Fürst Dolgorucki bereits weilte.

Berlin. Bei dem Besuch des Kriegsministers Bronsart in Friedrichsruh handelt es sich wahrscheinlich um den Nachtragset für Militärstrafgesetze. Die Kombinationen, die an die gleichzeitige Anwesenheit Dolgorucki's anknüpfen, sind wohl kaum zutreffend.

Berlin, 19. Februar, Mittags. Aus Washington wird gemeldet, daß in der Repräsentantenkammer eine Resolution eingebracht wurde, die Anfrage an Staatssekretär Frelinghuysen enthaltend, ob betreffs der Beleidigung des Todes Kaiser's das Schreiben des deutschen auswärtigen Amtes eingegangen sei.

London, 19. Februar, Mittags. Die „Daily News“ melden aus Swatim unterm 18. Februar, daß daselbst das Transportschiff „Jumna“ Nachmittags mit 739 Mann englischen Truppen angekommen ist.

Politische Betrachtungen.

Unlängst war von einem diplomatischen Schriftstück die Rede in den Zeitungen, in welchem dasjenige niedergelegt war, was als die Ansichten des Fürsten Bismarck über die Nachteile des historischen Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland ausgegeben wurde. Das Dokument stellte anscheinend die Aufzeichnungen eines französischen Staatsmannes dar. Fürst Bismarck soll auf die Vorteile hingewiesen haben, welche England und Rußland aus den beständigen Kriegen zwischen Frankreich und Deutschland gezogen haben. Mit Nachdruck soll er von der Unmöglichkeit der Landstriche gesprochen haben, für welche Franzosen und Deutsche Ströme von Blut und unermessliche Schätze ausgegeben haben. Alles zum Vortheil der Engländer und Russen, welche inzwischen die Welt unter sich theilten.

Wenn jenes Dokument die Wahrheit auch nur annähernd enthält, so hat der deutsche Reichstagsler eine Wahrheit ausgesprochen, welche weder ein Franzose noch ein Deutscher verleugnen wird. In der That haben Siege und Niederlagen beiden Völkern keine nennenswerthen Vortheile gebracht, im Vergleiche zu den Opfern, und wie vernichtend lautet das Urtheil der Weltgeschichte über ihre nationale Eiferigkeit. Im Anfang der Geschichte beider Nationen schien ihr Schicksal aneinandergeketzt zum eigenen und des ganzen Erdkreises Heil, und selbst nach dem Mittelalter waren die Gegensätze, welche schon damals mehr künstlicher als natürlicher Art waren, nicht zu jener verhängnisvollen Feindschaft geblieben, die Ludwig XIV. auf dem Gewissen hat. Damals waren die Engländer die National-Feinde der Franzosen und mit wie unvergleichlich größerem Recht, als heute der Haß Frankreichs auf Deutschland geworfen ist, war er damals auf England gerichtet. Wer hat den reichen Kolonialbesitz der Franzosen sich angeeignet? Wer hat sie aus Kanada, vom Mississippi und von den Antillen vertrieben? Wer hat die französischen Könige, die französische Revolution und die Welt Herrschaft der napoleonischen Adler am hartnäckigsten bekämpft? Wer hat Frankreichs größten Sohn auf einamer Insel dem Tode zugeführt?

England, England und wiederum England. Und worauf ist die Politik desselben Landes heute gerichtet? Weht nicht seine Flagge auf Malta, Gibraltar und auf dem Suez-Kanal, allenthalben, wohin die Franzosen ihre Blicke richten, um ihre Macht und ihren Handel hinzutragen? Man hegt in Deutschland eine sehr geringe Meinung von den Zielen und noch mehr von den Mitteln der Politik des heute leitenden englischen Staatsmannes, Mr. Gladstone. Allein diejenigen denken anders, welche die Absichten dieses vielleicht nicht genialen, aber äußerst vorsichtigen Mannes kennen, oder zu kennen glauben. Er weiß, daß England heute zwei Aufgaben hat: seinen Besitz zu erhalten und denselben auszuweiden. In beiden Fällen ist, da weder auf die dauernde Freundschaft Deutschlands noch Frankreichs gerechnet werden kann, die Fortdauer des historischen Zustandes zwischen den genannten Ländern das einzige Mittel. Erfolgt einmal die Anerkennung zwischen ihnen, leistet das eine dem anderen Heeresdienst, so ist es mit der englischen Welt Herrschaft vorbei. Aus verordneten Gründen entspringt die anscheinende Jagdsucht, welche die englische Politik bei oberflächlicher Betrachtung zeigt. Sie ist nichts anderes als das Spiel der Vorsicht, denn sie hat mehr als die Politik jedes anderen Landes, die Aufgabe, Fallen zu vermeiden. Wie Fabius im Angesicht des punischen Heeres zauderte, so pflegt Gladstone am Beginn seiner Unternehmungen zu zaudern. Und hat Fabius Cunctator seinen Weisheiten nicht zu Ehren gebracht? Man hat in Deutschland

vielleicht Recht, wenn man der Gladstone'schen Politik keine Sympathie entgegenbringt, allein man begeht allzu häufig den Fehler, dieselbe gering zu schätzen. Und nicht allein die englische Politik, sondern auch die englische Macht wird zu oft gering geschätzt.

Dieser Fehler wird neuerdings wieder in den Erörterungen begangen, welche sich über den Vertrag der Turkmensämme um Merw mit den Russen verbreitet. Gewiß ist dieser Vertrag ein russischer Erfolg. Aber mögen sich doch diejenigen auf Enttäuschungen vorbereiten, welche darin einen vernichtenden Schlag gegen das östliche Reich Englands erblicken wollen. Wenn der britische Löwe die Wädhne schüttelt, werden die Turkmens um Merw wissen, woran sie sind.

Vom sächsischen Landtage.

Am Montag hielten beide Kammern Sitzung ab. In der zweiten gelangte zunächst ein Schreiben zur Verlesung, in welchem das Landeskonfistorium auf die bei Beratung des Kultusetats vom Abg. Schred geäußerte Rede antwortete. In demselben heißt es, bezugnehmend auf die abfällige Kritik des Abg. Schred über das Landesgesangbuch, daß dasselbe unmöglich allen Richtungen habe Rechnung tragen können, daß aber als Garantie für seine Güte das Urtheil der Landes Synode, ferner noch der Umstand bürgt, daß es von allen Gemeinden mit Ausnahme einiger wenigen anstandslos angenommen worden sei. Es sei allerdings Thatsache, heißt es weiter, daß die Geistlichen, welche die Redaktion geistlicher Blätter führen, unter der Disziplinargewalt des Konfistoriums stünden, und dieses habe deshalb eine Maßnahme an dieselben ergreifen lassen, ja keine öffentlichen Beschuldigungen ohne genügende Beweise in ihren Blättern auszusprechen. Ferner bedauere das Konfistorium, daß Abg. Schred in seiner Rede die unmoralische Führung zweier Geistlichen in der Kammer zur Sprache gebracht und sich in dieser Angelegenheit nicht direkt an das Konfistorium gewandt habe. Abg. Schred erklärt, ohne auf das Schreiben einzugehen, daß, als er seine damalige Rede gehalten, er allerdings nicht erwartet habe, eine barocke ausweichende Antwort von Seiten des Kultusministers zu erhalten. Er habe das Gefühl gewonnen, als wenn man die Kompetenz der Kammer, auch die Kultusangelegenheiten ihrer Kritik zu unterwerfen, nicht anerkennen wolle. Deshalb werde er, um die Sache klar zu stellen, einen diesbezüglichen Antrag stellen oder eine Interpellation an die Regierung richten.

Abg. Georgi bezieht hierauf aber den Berg, Hütten- und Münz-Etat. Bei dem Kapitel Bergbau und fiskalische Hüttenwerke ließ Abg. Heim seine Klagen erheben betreffs der Doppelwährung. Der gegenwärtige geringe Ertrag der Hütten- und Bergwerke sei in dem Sinken der Silberpreise zu suchen. Wenn man aber bei demselben Verfahren bleibe und niemand etwas zur Hebung des Silberpreises thue, könne sich der Nothstand nicht bessern. Er hätte geglaubt, daß man die Petition des Revisionsausschusses der Vorstände der größeren ergiebigeren Gruben in dem Freiburger Revier um internationale Einführung einer gemeinsamen Münzgesetzgebung auf der Basis des bimetallicischen Prinzips, der Regierung wenigstens zur Erwägung anempfehlen werde, so aber habe die Deputation die Angelegenheit nur oberflächlich behandelt und die Petition der Regierung zur Kenntnisaufnahme empfohlen. Eine derartige Vereinbarung würde von größtem Nutzen für die gesamte Kultur sein, während die Gold- internationale, wenn sie siege, mindestens ebenso gefährlich sein werde, wie die rothe Internationale. Nachdem Ref. Georgi die Stellungnahme der Deputation zu der erwähnten Petition gerechtfertigt, sah Abg. Müller-Freiburg in längerer Rede aus, daß lediglich durch verbesserte wirtschaftliche Einrichtungen der darniederliegende Silber-Bergbau gehoben werden könne. Er verbreitet sich über den Stand des Erzbergbaues in Sachsen und hält es für wünschenswerth, daß denselben noch größere Opfer gebracht werden. Nach einer kürzeren Debatte, an der sich außer den vorigen Rednern noch die Abgg. Oehmichen und Steyer beteiligten, wird das Kapitel genehmigt und die Petition des Revisionsausschusses der Regierung zur Kenntnisaufnahme überwiesen. Weiter beschließt die Kammer, gemäß dem Deputations-Antrag, die Regierung zu ersuchen, erörtern zu wollen, in welcher Weise die Zukunft des Freiburger Bergbaues wirksamer als bisher sicher zu stellen sei, und dieselbe zu ermächtigen, die zu dieser Unternehmung erforderlichen Kosten zu verausgaben. Die übrigen Positionen des Kultusetats werden ohne Debatte genehmigt. Bei dem Kapitel „Münz- richter“ Abg. Walter an die Regierung die Frage, ob es nicht geboten sei, das veraltete Areal der Münze auf der Ostro-Allee besser zu verwerthen. Finanzminister v. Könniger hält ihm jedoch entgegen, daß, so lange man nicht mit dem jetzigen Münzsystem gebrochen habe, das Gebäude nicht zu entbehren sei. Hieraus wird auch dieses Kapitel genehmigt.

Die Erste Kammer erledigte in Schlussberatung wiederum eine Anzahl Petitionen. Zunächst referirt Graf v. Hohenhausen eine Petition des Sattlermeisters Winkler in Gönitzchen um Erlass eines ihm durch die Fahrlässigkeit eines richterlichen Beamten entstandenen Schadens von 1500 Mk., und empfiehlt, dieselbe der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Hierüber entspinnt sich eine längere Debatte, in welcher Graf Rex und Freiliger von Burgel sich für, v. Criegern, v. Tausnitz, Martini, v. Erdmannsdorf und Justizminister von Ubelen sich gegen den Deputations-Antrag aussprechen. Schließlich wird ein vom Abgeordneten v. Criegern gestellter Antrag, die Petition auf sich beruhen zu lassen, mit großer Majorität angenommen. Die übrigen Petitionen, welche zur Verhandlung kamen, bieten kein öffentliches Interesse.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich. Die Reichstags-Session rückt allmählich näher, denn wenn auch noch kein bestimmter Tag für die Eröffnung angegeben ist, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß dieselbe in das erste Drittel des März fällt. Der Bundesrath wird die größten

Anstrengungen machen müssen, um das für den Reichstag bestimmte Arbeitsmaterial gleich von Anfang an in genügendem Umfange fertig zu stellen. Die bevorstehende Reichstags-Session hat bekanntlich die ganz außerordentliche Eigenschaft, daß infolge der vorzeitigen Feststellung des Etats 1884/85 ein Reichshaushalt bis-mal nicht vorgelegt wird. In der ausnahmsweisen frühen Feststellung des Etats wurde der Reichstag durch die eindruckliche Mahnung der kaiserlichen Botenschaft bewogen, welche in Hinblick auf die sozialpolitische Gesetzgebung den Wunsch ausdrückte, die Session möge von anderen Arbeiten möglichst ferngehalten werden. Damals dachte man noch an die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter, inzwischen ist aber das sozialpolitische Programm auf die einzige Unfallversicherungs-Vorlage zusammengedrumpft, die namentlich dem Reichstage in dritter, jedoch verbesserter Gestalt zugeht. Da zu erwarten steht, daß der Bundesrath die Vorlage bis zum Zusammenritte des Reichstages erledigt haben wird, so darf man erwarten, daß letzterer dieselbe gleich bei Beginn seiner Thätigkeit vorfinden wird. Im Uebrigen wird sich die bevorstehende Session voraussichtlich auch mit der Novelle zum Aktiengesetz und mit der Erneuerung des Sozialstrafgesetzes zu beschäftigen haben. Unter den kleineren Vorlagen werden sich einige internationale Verträge kommerziellen und literarischen Inhalts und eine Revision des Hilfsstrafgesetzes befinden. Ueber andere Vorlagen, wie den vielbesprochenen Nachtrag zum Marine-Etat, die Pensions- und Rekrutengesetze u. s. w. scheint die Entscheidung noch auszustehen.

Zu der Meldung des „Öffentlichen Anzeigers“ der Bromberger Regierung, wegen Erneuerung des Steckbriefs hinter dem Kardinal Ledochowski, vermutet die „Germania“, die Erneuerung habe stattgefunden infolge des vom 7. November 1878 datirten Erkenntnisses des Kreisgerichtes zu Anotrazlaw, durch welches der Kardinal Ledochowski zu zwei Jahren Gefängnis, beziehungsweise zu 18,000 Mark Geldstrafe verurtheilt worden sei. Nach dem Centralblatt war der Kardinal verurtheilt worden, weil er die Staatsprokurator Kolony und Wörke kanonisch verurteilt und letzteren später erlommantizirt hatte. Bei diesem Anlasse erinnert die „Germania“ daran, daß alle Verurtheilungen Ledochowski's, welche zusammen auf 35,000 Mark Geldstrafe und sechs Jahre zehn Monate und zehn Tage Gefängnis lauten, wegen dessen Vergehen gegen das Institut der Staatsprokurator erfolgt seien.

Die Ernennung des Fürsten Orlov zum russischen Botschafter in Berlin befriedigt auch in den Petersburger diplomatischen Kreisen. Obgleich die Beziehungen zwischen den Kabinetten von Berlin und Petersburg in den letzten Jahren trotz des Zeitungsstreites zwischen der deutschen und russischen Presse stets vortheilhaft waren, hat es doch nicht an Momenten gefehlt, in denen die argwöhnischen Bestimmungen auch höhere Kreise zu erfassen drohten. Nach dem ersten Besuche des Herrn v. Giers in Berlin und Wien war eine wohlthätige Beruhigung jener ziemlich pessimistischen Anschauungen eingetreten, welche die öffentliche Meinung Europas bis dahin consequent, obwohl mit Unrecht, alarmirt hatten, aber diese Beruhigung war von keiner großen Dauer. Nun, wo der abermalige Besuch des russischen Ministers des Auswärtigen beim leitenden deutschen Staatsmann die politische Luft abermals von Mißtrauen gereinigt hat, mag es im russischen wie im allseitigen Interesse liegen, daß das werthvolle Ergebnis dieses Besuches länger und besser bewahrt bleibe, als das erste Mal. Indem das russische Kabinet, einem lebhaften Wunsche des Fürsten Bismarck Folge leistend, den Fürsten Orlov als seinen Vertreter nach Berlin entsendet, einen Mann, der nicht minder das Vertrauen der maßgebenden Kreise in Berlin als in Petersburg besitzt, thut es einen glücklichen Schritt, um der Wiederkehr jener mißtrauischen Stimmungen vorzubeugen, welche sich immer und immer wieder in der beiderseitigen öffentlichen Meinung zur Geltung zu bringen suchten, und leistet somit dem allgemeinen Vertrauen in den europäischen Frieden einen Dienst, den man in der europäischen Presse auch richtig erkennt und würdigt.

Oesterreich-Ungarn. Das österreichische Thronfolger-Paar wird im Laufe des April eine Reise nach Konstantinopel antreten und zwar mittelst Bahn über Givragio (Rumänien) nach Varna, wo die Yacht „Miramare“ das hohle Paar erwartet, um dasselbe nach Konstantinopel überzuführen. Der Reise sollen keinerlei politische Motive zu Grunde liegen, sie soll lediglich dem Wunsche des Kronprinzen Rudolf entsprungen sein, die türkische Hauptstadt näher kennen zu lernen und sich für den Aufenthalt der kronprinzlichen Herrschaft in Konstantinopel acht Tage in Aussicht genommen. Wie es heißt, werden Kronprinz Rudolf und seine Gemahlin insofern nicht die die Gäste des Sultans sein, als sie jedesmal an Bord der „Miramare“ zu übernachten gedenken; Ausflüge in die nähere Umgebung Konstantinopels und auch nach der kleinasiatischen Küste sind mit in Aussicht genommen.

Frankreich. Mit der kürzlich erfolgten Ankunft des neuen Oberbefehlshabers des französischen Expeditionskorps in Tonkin, General's Millot, auf dem ostasiatischen „Kriegsschachelpfeil“ steht eine baldige energischer Kriegsführung der Franzosen zu erwarten. Wenn es den Chinesen wirklich Ernst mit ihrer Behauptung ist, Vaccinich bis auf den bekannten letzten Mann zu vertheidigen, so werden die Franzosen vor dieser Festung ein hartes Stück Arbeit bekommen. Vaccinich ist viel stärker besetzt als Sontay, es besitzt noch europäischer Art angelegte Vorwerke, die zum Theil mit Krupp'schen Geschützen armirt sind und die Befestigung besteht aus den besten chinesischen Truppen. Verschiedene Maßregeln der chinesischen Regierung lassen im Uebrigen darauf schließen, daß in Peking die Kriegspartei die Oberhand gewonnen hat. General Tang, der im Siden China's befehligt, ist durch Abschneiden der seinen Rang bezeichnenden Knöpfe begnadigt worden, angeblich, weil er in Sontay nicht zu Gunsten der Annamiten und Schwarzflaggen intervenirt hat.